

Arbeitsaufträge von der Leyens an die neue EU-Kommission – Teil 3

„Ein Europa für das digitale Zeitalter“

		
Margrethe Vestager Renew Europe, Dänemark	? Frankreich	Paolo Gentiloni Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Italien
Exekutive Vizepräsidentin	Kommissar für Binnenmarkt	Kommissar für Wirtschaft
GD Wettbewerb (COMP) Koordination aller Kommissare im Bereich Digitalisierung	GD Binnenmarkt (GROW) GD Kommunikations- netze, Inhalte, Techno- logien (CONNECT) GD Raumfahrt und Verteidigungsindustrie	DG Wirtschaft und Finanzen (ECFIN) DG Steuern und Zollunion (TAXUD)

Am 16. Juli 2019 wurde Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der künftigen EU-Kommission gewählt. Am 10. September 2019 hat sie die Mitglieder ihrer Kommission für die kommende Legislaturperiode 2019–2024 vorgeschlagen, die Ende Oktober vom Europäischen Parlament bestätigt werden sollen.

Dieser cepAdhoc bewertet die zentralen digitalpolitischen, wettbewerbsrechtlichen und binnenmarkt-spezifischen Arbeitsaufträge von der Leyens an die als Exekutive Vizepräsidentin vorgesehene Vestager sowie an die ihr zugeordneten Kommissare für Binnenmarkt und (teilweise) Wirtschaft. Ursprünglich war Sylvie Goulard als Binnenmarktkommissarin vorgesehen. Das Europäische Parlament lehnte sie jedoch am 10. Oktober 2019 ab.

Ein Europa für das digitale Zeitalter

Am 16. Juli 2019 wurde Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der EU-Kommission gewählt. Am 10. September 2019 hat sie die Mitglieder ihrer Kommission für die kommende Legislaturperiode 2019-2024 vorgeschlagen.

Frans Timmermans (Niederlande), Margrethe Vestager (Dänemark) und Valdis Dombrovskis (Lettland) sollen in der neuen Kommission eine hervorgehobene Rolle erhalten. Sie sind jeweils Exekutiver Vizepräsident und nehmen eine doppelte Aufgabe wahr. Zum einen sind sie jeweils für einen übergeordneten Themenbereich zuständig und koordinieren die Arbeit der dafür zuständigen Kommissare. Zum anderen sind sie gleichzeitig auch als Fachkommissar für einen eigenen Politikbereich zuständig und werden dabei von der jeweiligen Generaldirektion der Kommission unterstützt.

Neben den drei Exekutiven Vizepräsidenten werden fünf weitere Mitglieder der Kommission Vizepräsidenten sein. Drei dieser fünf – Věra Jourová (Tschechien), Margaritis Schinas (Griechenland) und Josep Borrell (Spanien) – leiten ebenfalls einzelne Gruppen von Kommissaren.

Die EU-Kommission muss noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Zunächst finden dort Anhörungen der designierten Mitglieder statt. Ende Oktober wird das Parlament über die Kandidaten abstimmen. Am 1. November soll die gewählte Kommission die Amtsgeschäfte aufnehmen.

In diesem cepAdhoc werden die zentralen digitalpolitischen, wettbewerbsrechtlichen und binnenmarktspezifischen Arbeitsaufträge von der Leyens an die künftigen Kommissare bewertet. Margrethe Vestager ist verantwortlich für den Themenbereich „Ein Europa für das digitale Zeitalter“. Sie ist allein zuständig für Wettbewerbsfragen und leitet den ihr zugeordnete Kommissar für Binnenmarkt an. Ursprünglich war Sylvie Goulard für diesen Posten vorgesehen. Das Europäische Parlament lehnte sie jedoch ab.

Die Arbeitsaufträge der Kommissionspräsidentin

Wettbewerb	
Vestager	Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts durch die Kommission in allen Sektoren verbessern. Schwerpunkte sollen dabei auf der Fallerkennung, der Beschleunigung der Verfahren und der Verbesserung der Koordinierung mit nationalen und internationalen Behörden liegen.
	 cepBewertung: Der Schutz des Wettbewerbs ist ein zentraler Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Die öffentliche Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts durch die Kommission ist dabei von großer Bedeutung. Angesichts der Dynamik der heutigen Weltwirtschaft, sind rasche Marktmissbrauchs-, Kartell-, Fusionskontroll- und Beihilfe-Verfahren sehr wichtig, um Effizienzverluste und damit Nachteile europäischer Unternehmen abzuwenden.
	Bei Marktversagen und vor dem Hintergrund der EU-Industriestrategie: Die Regeln für staatliche Beihilfen so anwenden, dass die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen sichergestellt ist. „Besser umgehen“ mit den verzerrenden Auswirkungen von Subventionen aus Drittstaaten und der Tätigkeit von staatlichen Unternehmen aus Drittstaaten.
	 cepBewertung: Aufgabe der Kommission als Wettbewerbsbehörde ist es zuallererst, den Wettbewerb als Prozess zu schützen, nicht die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen. Industriepolitische Überlegungen sollten nicht mit der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts vermischt werden (vgl. cepAnalyse).

	<p>Das europäische Wettbewerbsrecht überarbeiten. Dies betrifft sowohl die Kartellvorschriften und die Fusionskontrollregeln als auch die Vorgaben zu staatlichen Beihilfen.</p>
	<p>cepBewertung: Die für die digitale Wirtschaft typischen Skaleneffekte führen in Kombination mit der wachsenden Bedeutung von Daten regelmäßig zu einer vermeintlichen Marktmacht. Auch wenn kleinere Anpassungen notwendig sein dürften, ist das europäische Wettbewerbsrecht prinzipiell in der Lage, dieser Probleme Herr zu werden. Wichtig ist, dass das Wettbewerbsrecht auch künftig den Wettbewerb – und nicht die Wettbewerber – schützt und nur bei einer nicht-angreifbaren Marktmacht eines Unternehmens eingreift.</p>
<p>Digitales</p>	
<p>? Vestager¹</p>	<p>Einen „koordinierten europäischen Ansatz“ zu künstlicher Intelligenz (KI) entwickeln, bei dem auch „menschliche und ethische Auswirkungen“ der KI berücksichtigt werden.</p> <p> cepBewertung: Die Fortführung der europäischen KI-Strategie ist essenziell, um EU-weit einheitliche Rahmenbedingungen für KI zu schaffen. Zudem werden die mitgliedstaatlichen Strategien dadurch koordiniert (s. cepAnalyse). Aufbauend auf dem Kanon der EU-Grundrechte und -werte, ist es unerlässlich, den Einsatz von KI auch ethisch zu hinterfragen und die Auswirkungen von KI auf den Menschen zu berücksichtigen. Ein EU-einheitlicher Ansatz zu Fragen der ethischen Vertretbarkeit von KI – der sich bereits in der Veröffentlichung von "Ethik-Leitlinien für KI" niederschlägt – hilft, eine nationale Zersplitterung ethischer Anforderungen an KI zu vermeiden, und kann Vertrauen in KI und somit die Akzeptanz von KI stärken (s. cepAnalyse).</p>
<p>? Vestager</p>	<p>Untersuchen, wie nicht-personenbezogene Daten genutzt und geteilt werden können.</p> <p> cepBewertung: Derzeit ist der EU-Binnenmarkt für nicht-personenbezogene Daten unterentwickelt. Ein solcher Markt würde die Entwicklung von KI in der EU vereinfachen. Die meisten Markthemmnisse sind jedoch nicht regulatorischer Art sondern gehen etwa darauf zurück, dass Unternehmen fürchten, durch die Bereitstellung von Daten Wettbewerber zu stärken.</p> <p>Eine Gesetzesinitiative für digitale Dienstleistungen (Digital Services Act) vorlegen, die Haftungs- und Sicherheitsbestimmungen für digitale Plattformen, Dienste und Produkte aktualisiert.</p> <p> cepBewertung: In der EU sind Betreiber digitaler Plattformen mit unterschiedlichen nationalen Regeln konfrontiert, etwa beim Umgang mit Hasskommentaren und bei politischer Werbung. Eine Vereinheitlichung würde Kosten für Unternehmen senken. Eine Haftung für Plattformbetreiber für von Nutzern hochgeladene Inhalte, wie sie bei der Urheberrechtsreform beschlossen wurde, kann zum Einsatz automatisierter Upload-Filter führen. Diese können versehentlich auch legale Inhalte blockieren. Es muss besser kontrolliert werden, ob Plattformen die geltenden Gesetze einhalten, etwa durch eine europäische Behörde oder eine engere Koordinierung nationaler Aufsichtsbehörden.</p> <p>Die technologische Souveränität Europas verbessern: investieren in Blockchain sowie in die Teilung und Nutzung von Daten und Algorithmen; Standards setzen für 5G-Netze und Technologien der neuen Generation.</p> <p> cepBewertung: Grundsätzlich ist es wirtschaftlich ineffizient, in allen Bereichen unabhängig von Drittstaaten-Technologie sein zu wollen (Prinzip der internationalen Arbeitsteilung). In einigen Bereichen kann eine Abhängigkeit jedoch akzeptabel oder unvermeidbar sein, während sie in anderen Bereichen als zu riskant angesehen wird. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten die Ineffizienzen möglichst gering halten, indem sie diese Bereiche sorgfältig abgrenzen.</p>

¹ Ergänzend soll Didier Reynders, designierter Justizkommissar (Renew Europe, Belgien), in diesem Bereich zur „Gesetzgebung über einen koordinierten Ansatz über die menschlichen und ethischen Auswirkungen von künstlicher Intelligenz beitragen“ und dabei die Wahrung der Grundrechte sicherstellen.

Gentiloni ² Vestager	Bis Ende 2020 eine internationale Einigung über die Einführung einer Digitalsteuer herbeiführen. Falls das nicht gelingt, eine EU-Digitalsteuer vorschlagen.  cepBewertung: Das Wesen digitaler Dienstleistungen – etwa die hohe Relevanz immaterieller Vermögenswerte und das Fehlen einer physischen Präsenz der Anbieter in Mitgliedstaaten, in denen Umsatz generiert wird – stellt das Steuerrecht vor großen Herausforderungen. Eine steuerliche Wettbewerbsverzerrung zulasten nicht-digitaler Geschäftsmodelle sollte aber vermieden werden. Richtig ist, dass zuerst eine internationale Lösung für das Problem angestrebt wird. So kann eine protektionistische und industriepolitische Instrumentalisierung der Problematik am besten vermieden werden.
Binnenmarkt	
? Vestager (Co-Leitung mit Dombrovskis ³)	Eine umfassende langfristige Industriestrategie für die industrielle Zukunft Europas entwickeln. Die Strategie soll alle Aspekte umfassen, die sich auf die Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken, von Investitionen und öffentlichen Aufträgen bis hin zu Handel, Qualifikationen, Innovation und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen.  cepBewertung: Das politische Anliegen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern, ist grundsätzlich sachgerecht. Es darf jedoch keinesfalls die staatliche Formung europäischer nationaler Champions zum Ziel haben, die den Wettbewerb in der EU zu beschränken drohen. Die präferierte Vergabe von öffentlichen Aufträgen an europäische Unternehmen trotz höherer Preise schwächt Reformanreize in diesen Unternehmen und belastet die öffentlichen Haushalte. Es besteht die Gefahr, dass Steuergelder verschwendet werden.
? Vestager	Ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts sicherstellen, d.h. die Anwendung gemeinsamer Regeln durchsetzen, bestehende Barrieren für den Handel mit Waren und Dienstleistungen und künstliche Schranken zwischen etablierten und neuen digitalen Märkten abbauen.  cepBewertung: Der Binnenmarkt weist nach wie vor zahlreiche Barrieren auf (s. cep-Studie). Ein Abbau dieser Barrieren intensiviert den Wettbewerb zwischen Unternehmen und senkt so die Preise für Verbraucher in der EU. Gleichzeitig wird die Produktauswahl vergrößert. Dringend notwendig wäre es zudem, eine einheitliche Anwendung der Entsenderichtlinie sicherzustellen, etwa indem bürokratischen Hürden bei der Entsendung von Arbeitnehmern reduziert werden. Einheitliche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt sicherstellen und verhindern, dass Subventionen durch Drittstaaten , insbesondere bei der Auftragsvergabe, den Wettbewerb verzerren.  cepBewertung: Bereits heute verhängt die EU bei Subventionen durch Drittstaaten Anti-Subventionszölle, um europäische Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen. Der Verordnungsvorschlag von 2012, der es öffentlichen Auftraggebern ermöglichen sollte, Leistungen aus Drittstaaten auszuschließen, sollte nicht wieder aufgenommen werden; der vorgeschlagene Ausschluss war willkürlich und nicht auf Staaten begrenzt, die den Wettbewerb, etwa durch Subventionen, verzerren (s. cepAnalyse). Die Regeln zum geistigen Eigentum überprüfen und sicherstellen, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit der EU unterstützen und digitalen Entwicklungen Rechnung tragen.  cepBewertung: Ein umfassender Schutz geistigen Eigentums ist notwendig, um Innovationen zu fördern. Für kleine und mittlere Unternehmen ist ein solcher Schutz gegenwärtig jedoch oft zu teuer und bürokratisch. Die digitale Entwicklung macht eine Überprüfung der Regeln zum geistigen Eigentum notwendig. So muss etwa geklärt werden, ob künstliche Intelligenz ein Patent erhalten kann.

² Paolo Gentiloni, designierter Wirtschaftskommissar (Progressive Allianz der Sozialdemokraten, Italien) wird die Verhandlungen führen. Bei der Digitalsteuer berichtet er an Margrethe Vestager, in anderen Fragen an Valdis Dombrovskis (vgl. [cepAdhoc](#)).

³ Valdis Dombrovskis, Exekutiver Vize-Präsident (Europäische Volkspartei, Lettland, vgl. [cepAdhoc](#)) und Margrethe Vestager leiten zusammen dieses Projekt unter Mitwirkung des Binnenmarktkommissars.